



**Liebe
Leserinnen
und Leser,**

mit dieser Zeitung für den Wahlkreis Anhalt informiere ich über meine Arbeit. Im Bundestag bin ich als stellvertretender Vorsitzender der

Linksfraktion für die Innen- und Rechtspolitik zuständig. Die immer weiter gehende Ausspähaffäre, die Einführung der Vorratsdatenspeicherung und die Verschärfung der Innenpolitik bieten viel Grund um gegenzuhalten und für eine offene, freie und solidarische Gesellschaft zu streiten. Im Wahlkreis, bei Bürgersprechstunden und meinen regelmäßigen Besuchen bei Unternehmen, Vereinen und Verbänden, informiere ich darüber und tausche ich mich über gute Erfahrungen und Alltagsorgen vor Ort aus.

In diesem Sommer 2015 erleben wir eine Bundesrepublik im Stillstand. Angela Merkel thront über allem, die SPD ist orientierungslos, die Grünen wissen nicht ob sie auf die CDU oder ein fortschrittliches Mitte-Links-Bündnis setzen sollen. DIE LINKE macht Druck im Bundestag. Als Oppositionsführer im Parlament zeigen wir konkrete Alternativen auf und streiten für ein solidarisches und gerechtes Europa, in dem nicht die Rentner, Arbeiter und jungen Menschen die Zeche für die Banken und die Superreichen begleichen müssen.

Für Fragen, Anregungen und Kritik stehen mein Team und ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr

»Die Regierung verwaltet, statt zu gestalten«



Nach der Sommerpause wird im Bundestag der Haushalt 2016 diskutiert. Finanzminister Wolfgang Schäuble will weiter an der „schwarzen Null“ festhalten.

Dietmar Bartsch wirft der Bundesregierung in seinem Gastbeitrag vor, nicht in die Zukunft zu investieren.

„290 Milliarden Euro wird der Bund voraussichtlich 2016 an Steuern einnehmen. Das sind 10 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr. Schon im Nachtrags-

Solidarität, Gerechtigkeit, Demokratie und Bürgerrechte



Aktion der Bundestagsabgeordneten der LINKEN vor der Fraktionssitzung: Nicht Beschäftigte, die ihr Streikrecht in Anspruch nehmen, sind das Problem sondern Lohndumping betreibende Konzerne und Arbeitgeber.

Seit fast zwei Jahren ist DIE LINKE Oppositionsführerin im Bundestag. Die Regierungskoalition aus CDU, CSU und SPD, die rund 80 Prozent der Sitze auf sich vereinen, scheint fast übermächtig. Dennoch werden die Abgeordneten der Linksfraktion nicht müde, nachvollziehbare Alternativen zur Regierungspolitik aufzuzeigen.

Einer Politik der NATO-Aufrüstung und Waffenexporte, der Überwachung und der Geheimdienstaufrüstung, der ungleichen Lebensverhältnisse, des Sozialabbaus, der Intransparenz und Basta-Politik setzt DIE LINKE eine solidarische internationale Politik des Ausgleichs entgegen, die unsere Grundrechte verteidigt, Gerechtigkeit in Ost und West anstrebt und mehr Demokratie und Transparenz auf allen Ebenen entwickelt.

Während sich Konzerne über gewaltige Profite freuen, der Reichtum weniger wächst und wächst und die Bundesregierung vom Jobwunder schwärmt, macht DIE LINKE auf Lebensrealität der Bevölkerung aufmerk-

sam: Viele Menschen bekommen für harte Arbeit nur Dumpinglöhne, schuften als Leiharbeitskräfte oder Werkverträger ohne eine dauerhafte Perspektive.

DIE LINKE hat eindeutig Partei bezogen für die Beschäftigten bei Bahn und Post, in Kitas und Krankenhäusern, die für bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und gegen Ausgliederungen in Lohndumpingfirmen kämpfen und gekämpft haben. In der gesellschaftlichen Debatte um das Streikrecht hat DIE LINKE sich gegen die Verunglimpfung von Streikenden als Gefährder der Sozialpartnerschaft oder des wirtschaftlichen Erfolges gewehrt, ebenso wie im Bundestag gegen das arbeitnehmerfeindliche Tarifeinheitsgesetz.

Auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode wird DIE LINKE in Parlament und Gesellschaft für eine andere Politik streiten: Für mehr Gerechtigkeit, Demokratie und Bürgerrechte und für ein solidarisches Europa.

haushalt 2015 standen 6,3 Milliarden mehr zur Verfügung als zuvor geschätzt.

Wann, wenn nicht angesichts sprudelnder Steuereinnahmen, sollen dringend nötige Zukunftsinvestitionen auf den Weg gebracht werden?!

»mit Blick auf zukünftige Generationen unverantwortlich«

Die Bundesregierung verkündet lauthals, Deutschlands Zukunft gestalten zu wollen, verharrt aber kraftlos und unambitioniert in ihrem Trott. Das Land wird verwaltet, es wird kaum gestaltet.

Statt dass der Investitionsstau abgebaut und kraftvoll Zukunftsinvestitionen vorge-

nommen werden, wird die Investitionsquote in den Jahren 2016 bis 2019 sinken. Das ist bei steigenden Steuereinnahmen mit dem Blick auf zukünftige Generationen unverantwortlich.

Statt die schwarze Null zum Dogma zu erheben, müssen Zukunftsinvestitionen in den sozialökologischen Umbau und die Digitalisierung getätigt werden. Sie müssen Wissenschaft, Bildung und Forschung voranbringen.

Und nach wie vor bleibt die bessere Finanzausstattung der Kommunen eine Notwendigkeit, so dass diese die öffentliche Daseinsvorsorge besser gewährleisten und kommunale Selbstverwaltung auch praktizieren können.“

Bevölkerung unter Generalverdacht

„Wenn der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass etwas nichtig ist, weil es gegen die Grundrechte verstößt, dann kann die Politik nicht hingehen und sagen, interessiert uns nicht.“ Dieser Satz von Bundesjustizminister Heiko Maas aus einem Deutschlandfunk-Interview im Januar 2015 ist richtig, wie auch viele andere seiner Äußerungen zur Grundrechtswidrigkeit einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung.

Bei dieser Position blieb er allerdings nicht lange. Nach einem Wink von SPD-Chef Sigmar Gabriel entschloss Maas im April, sich doch nicht so sehr für die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu interessieren und legte einen Gesetzentwurf zur „Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten“ vor. Er regelt, dass die Standortdaten der Bevölkerung 4 Wochen und ihre Kommunikationsverbindungen 10 Wochen auf Vorrat gespeichert werden sollen.

Jan Korte kritisierte den Gesetzentwurf in seiner Rede zu dessen Einbringung im Bundestag: „Juristen, Bürgerrechtler, zwei Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags, Journalistenverbände, Rechtsanwaltsverbände und im Übrigen auch die aus den Reihen der CDU/CSU stammende Bundesbeauftragte für den Datenschutz haben es deutlich gesagt: Die



Bitte durchreichen: Korte lässt Maas 112.400 Stimmen gegen die Vorratsdatenspeicherung zukommen

Vorratsdatenspeicherung – so wie Sie sie wollen und überhaupt – ist grundrechtswidrig, und sie ist verfassungswidrig!“ Im Anschluss übergab er Maas 112.400 Unterschriften gegen die Vorratsdatenspeicherung.

Vor der Abstimmung über das Gesetz findet im September zunächst eine Expertenanhörung im Bundestag statt. Da die Regierungskoalition aus Union und SPD leider oft genug gegen den Rat von Experten handelt – wie man auch auf anderen Gebieten leider viel zu oft merkt – ist es umso wichtiger, dem Grundrechteabbau politischen und gesellschaftlichen Widerstand entgegen zu setzen.

Entschädigung für Kriegsgefangene



Anhörung „Befreiung und Befreier – Vernichtungskrieg in Osteuropa und das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen“ mit v.l.n.r. Dr. Jörg Morré, Hannes Heer, Jan Korte, Günter Saathoff, Ulla Jelpke und Günter Rieser

Die jahrelangen Bemühungen der LINKEN, das unvorstellbare Leid der 5,7 Mio. sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Unrecht anzuerkennen und den wenigen Überlebenden zumindest eine symbolische Entschädigung zukommen zu lassen, haben gewirkt: Der Haushaltsausschuss des Bundestages beschloss am 21.5.2015, zehn Mio. Euro für die Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener bereitzustellen.

70 Jahre nach der Befreiung akzeptiert dadurch nun auch die Union die moralische Verpflichtung der Bundesrepublik, endlich die mit etwa 3,3 Mio. Toten zweitgrößte Opfergruppe der NS-Vernichtungspolitik zu entschädigen. DIE LINKE tritt seit langem für die „vergessenen Opfer“, die im Rahmen der Entschädigung von NS-Unrecht Jahrzehnte lang leer ausgingen und zum Teil bis heute noch ausgehen, ein und hatte zuletzt durch ihren Antrag „Finanzielle Anerkennung von NS-Unrecht für sowjetische Kriegsgefangene“

(BT-Drs. 18/3316) das Thema wieder auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt.

Damit gelang der Bundestagsfraktion, gemeinsam mit vielen ehrenamtlich Aktiven, Initiativen, Historikern und Journalisten, nach der Rehabilitierung der so genannten „Kriegsverräter“ im Jahr 2009, erneut ein wichtiger parlamentarischer Erfolg auf dem Gebiet der Geschichtspolitik.

DIE LINKE erwartet, dass jetzt schnell und unbürokratisch gehandelt wird, damit die Entschädigung wenigstens noch die meisten der ca. 4.000 hochbetagten Überlebenden erreicht und alle im Bundestag vertretenen Fraktionen dabei an einem Strang ziehen. In den kommenden Monaten muss sich der Bundestag auch der Frage stellen, wie die Erinnerung an die Opfer des Vernichtungskrieges aus dem „Erinnerungsschatten“ (Gauck) ans Licht geholt und dauerhaft in der Gesellschaft verankert werden kann.

Korte kurz:

Aus dem Wahlkreis in den Bundestag



Besucherinnen und Besucher aus Köthen unter der Kuppel des Reichstagsgebäudes

Das politische Berlin ist immer eine Reise wert: Interessierte Bürgerinnen und Bürger nutzen regelmäßig die Gelegenheit, den Abgeordneten und den Deutschen Bundestag persönlich kennenzulernen. Dies kann z. B. in Rahmen einer sogenannten Infofahrt in Form eines mehrstündigen Besuches im „Hohen Haus“ passieren oder auch im Rahmen einer zweitägigen Fahrt, die vom Bundespresseamt (BPA) mehrfach im Jahr organisiert wird. Auf Einladung von Jan Korte hatten in diesem Jahr bereits zwei Reisegruppen die Möglichkeit, eine vom BPA organisierte Fahrt zu erleben und das politische Berlin zwei Tage ausführlich zu erkunden. Im Februar waren Ehrenamtliche aus Köthen nicht nur im Bundestag, sondern u. a. auch im Bundeskanzleramt unterwegs. Außerdem gab es eine ausführliche Stadtrundfahrt. Im Frühjahr freuten sich Ehrenamtliche aus dem Salzlandkreis über die BPA-Fahrt als Dankeschön für ihr Engagement. Wer den Abgeordneten auch mal in der Bundeshauptstadt treffen und vor Ort mehr über die Arbeit des Bundestages erfahren möchte, kann sich in den Büros von Jan Korte melden (Kontakt s. letzte Seite).

„Minister no more“



Verstehen nicht nur das kollektive Handeln, sondern auch Spaß: Varoufakis und Korte beim Selfie

Nach dem überzeugenden Nein der griechischen Bevölkerung zur Sparpolitik und den Diktaten der Troika ist der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis von seinem Amt zurückgetreten, um einer Einigung nicht im Weg zu stehen. „Wir von der Linken verstehen etwas davon, kollektiv zu handeln, ohne Rücksicht auf Privilegien eines Amtes“, so Varoufakis in seiner Rücktrittserklärung. „Ich habe großen Respekt vor seiner geleisteten Arbeit und dieser Entscheidung“, kommentiert Jan Korte die Entscheidung des sympathischen Kollegen, den er bei einem Besuch im Juni kennengelernt hatte.

Fachpolitischer Austausch



Treffen der innen- und rechtspolitischen Sprecher im Paul-Löbe-Haus des Bundestages

Am 22. Juni hat im Bundestag das Treffen der linken innen- und rechtspolitischen SprecherInnen aus den Landtagen, dem Europaparlament und dem Bundestag stattgefunden.

Zweimal im Jahr lädt Jan Korte als Leiter des Arbeitskreises „Demokratie, Recht und Gesellschaftsentwicklung“ der Linksfraktion dazu ein, sich über aktuelle Themen auszutauschen, Positionen zu diskutieren und über die verschiedenen politischen Ebenen abzustimmen.

Inhaltliche Schwerpunkte bei dem diesjährigen Sommertreffen waren Möglichkeiten einer humanen Flüchtlingspolitik, internationale Polizeikooperationsabkommen sowie Fragen rund um die Kontrolle bzw. Nicht-Kontrolle von Geheimdiensten vor dem Hintergrund der NSU-Terrorserie.

Gelder für Kirchen-sanierung genehmigt



Nachfragen lohnt: Die „Mutterkirche der Reformation“ wird für das Lutherjubiläum 2017 fit gemacht

Seit der letzten Bundestagswahl ist Jan Korte auch regelmäßig in Wittenberg und in Dessau unterwegs die er als Patenwahlkreis betreut. Beim Besuch in der Lutherstadt im vergangenen Herbst war er in der Stadtkirche St. Marien zu Gast. Dort kam er mit Pfarrer Block und Kirchmeister Naumann über die Sanierungsarbeiten in der „Mutterkirche der Reformation“, die fürs Lutherjubiläum 2017 fit gemacht werden soll, ins Gespräch. Die Finanzierung der Sanierung war ins Stocken geraten, weshalb Jan Korte versprach, bei der Beauftragung der Bundesregierung für Kultur und Medien nachzuhaken. Im Frühjahr kam die gute Nachricht: Die Kirche wird im Rahmen des Denkmalpflegeprogrammes „National wertvolle Kulturdenkmäler“ in den Genuss der höchsten Einzelförderung im Jahr 2015 kommen. Mit 250.000 € kann die Substanzerhaltung des Gebäudes weitergehen.

Spendenübergaben im Wahlkreis



Im ersten Halbjahr 2015 konnte Jan Korte bereits 12 sogenannte Fraktionschecks für Vereine, Verbände und Initiativen in seinem Wahlkreis Anhalt organisieren. Die Gelder stammen vom Verein der Bundestagsfraktion, bei dem die LINKEN Abgeordneten jeden Monat einen Teil ihrer Diäten einzahlen. Interessierte Vereine können jederzeit Anträge an den Verein stellen, um für konkrete Vorhaben Unterstützung zu

bekommen. Im ersten Halbjahr gab es unter anderem Geld für den Schulförderverein in Könnern, die Kita „Pünktchen“ in Zörbig, den interkulturellen Verein „Meridian e. V.“ und die Kinderstadt „Bärenhausen“ in Bernburg, den Verein „Frauen helfen Frauen“ in Wolfen und den Männerchor „Eintracht“ in Staßfurt. Mehr Informationen zum Förderverein und zur Antragstellung gibt es auf www.fraktionsverein.de

»Flüchtlinge sind willkommen!«



Viele Bürgerinnen und Bürger sehen es als eine Selbstverständlichkeit, Menschen in Not zu helfen. Zusammen besuchten die Flüchtlingshelferinnen und -helfer den Bundestag in Berlin

Auch auf die Region Anhalt wirken sich internationale Krisen aus. Seit einigen Monaten suchen viele geflüchtete Menschen hier Zuflucht. Verschiedene Initiativen kümmern sich in der Region um neu ankommende Flüchtlinge und begleiten sie zum Beispiel bei Ämtergängen, sammeln Spenden für die Wohnungseinrichtung oder geben Sprachunterricht.

In Staßfurt im Salzlandkreis engagieren sich schon geraume Zeit Ehrenamtliche für eine Willkommenskultur, die diesen Namen auch verdient hat. Auch der Kreis selbst hat jetzt nachgezogen und 25 ehrenamtliche Soziallotsen benannt, die Asylbewerber nach ihrer Ankunft bei einer Vielzahl von zu überwindenden Hürden begleiten. Jan Korte begrüßt das Engagement: „Die Konflikte im Nahen Osten oder auch in Afrika erzeugen unfassbares Elend. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir uns um die zahlreichen Familien, die sich teilweise sogar mit Babys und Kleinkindern auf den

lebensgefährlichen Weg zu uns machen, kümmern. Gut, dass es neben der noch zu geringen staatlichen Unterstützung auch die Hilfe vieler Bürgerinnen und Bürger gibt.“

Um Danke zu sagen, nahm der Abgeordnete deshalb einige engagierte Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer mit auf seine zweitägige Besuchsfahrt nach Berlin, unter Ihnen auch Jaime Don Antonio, seit vielen Jahren Ausländerbeauftragter des Salzlandkreises. In der Bundeshauptstadt standen unter anderem Besuche bei der Bundesbeauftragten für Datenschutz und in der Mauergedenkstätte auf dem Programm. Auch eine Stadtrundfahrt und ein Gespräch mit dem Abgeordneten durften natürlich nicht fehlen. Beim Treffen im Bundestag ging es auch um die Motivation der Helferinnen und Helfer: „Flüchtlinge sind bei uns willkommen. Wir wollen für mehr Akzeptanz werben und Vorurteile abbauen“, hieß es da. Man müsse sich vorstellen, mit seinen Kindern selber in einer so verzweifelten Situation zu sein.

Korte kommunal



Henriette Krebs, seit 2014 für DIE LINKE im Bernburger Stadtrat: „Gerade wir, blicken aus einem anderen Winkel auf das alltägliche Geschehen, stellen Strukturen, die sich über Jahre verfestigt haben, kritisch in Frage.“

In der Rubrik „Korte kommunal“ lassen wir KommunalpolitikerInnen aus dem Wahlkreis Anhalt zu Wort kommen. Wo drückt vor Ort der Schuh? Welche Handlungsspielräume gibt es in der Kommunalpolitik überhaupt noch? Was konnte DIE LINKE konkret erreichen? Dieses Mal sprechen wir mit Henriette Krebs. Die junge Bernburgerin sitzt seit einem Jahr für DIE LINKE im Stadtrat der Saalestadt.

Korte konkret: Mit 29 bist du die jüngste Stadträtin in Bernburg. Was bewegt einen jungen Menschen in die Kommunalpolitik zu gehen?

Henriette Krebs: Mir war es wichtig, ein Zeichen zu setzen: es gibt junge Menschen, die sich politisch engagieren und den Mut haben, sich aufstellen zu lassen. Nach wie vor freue ich mich, dass dieser Mut belohnt wurde und so viele Menschen mir ihre Stimme gegeben haben. Ich möchte auch andere junge Menschen motivieren, sich politisch und gesellschaftlich einzusetzen. Das muss nicht immer die Kandidatur für ein politisches Amt sein. Im Jugendbeirat, in Vereinen, Interessengruppen oder Bürgerinitiativen

können junge Menschen sich und ihre Ideen einbringen. Das ist auch wichtig, denn gerade wir, junge Menschen, blicken aus einem anderen Winkel auf das alltägliche Geschehen, stellen Strukturen, die sich über Jahre verfestigt haben, kritisch in Frage, und haben andere Vorstellungen zur Gestaltung der Lebenswirklichkeit. Auch unsere Stimme sollte Gehör finden.

»Das Spardiktat auf dem Rücken der Kommunen muss aufhören!«

Korte konkret: Gab es bereits Erfolge in deinem ersten Jahr im Stadtrat, von denen du berichten kannst?

Henriette Krebs: Als Erfolg würde ich den Antrag meiner Fraktion auf Einführung eines Ratsinformationssystems werten. Die Einführung wurde noch im Jahr 2014 mehrheitlich im Stadtrat der Stadt Bernburg beschlossen und ist für die zweite Hälfte des Jahres 2015 geplant. Damit haben nun alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit sich vor Ausschuss- oder Stadtratssitzungen

online über die öffentlichen Beschlüsse und Mitteilungen zu informieren, um sich dann in die Entscheidungsprozesse einbringen zu können. Und unsere Öffentlichkeitsarbeit und regelmäßige Präsenz, zum Beispiel auf dem Wochenmarkt, hat dazu beigetragen, dass die LINKE Stadtratsfraktion als ein bürgernaher Ansprechpartner wahrgenommen wird.

Korte konkret: Die Probleme in der Kommune sind meistens sehr vielfältig. Was sind die zentralen Herausforderungen in Bernburg und wie möchte DIE LINKE sie angehen?

Henriette Krebs: Ein grundlegendes Problem, welches derzeit viele Kommunen betrifft, ist die schwierige finanzielle Haushaltslage. Das Haushaltskonsolidierungskonzept für das Jahr 2015 wurde von der Kommunalaufsicht als unzureichend deklariert und der Oberbürgermeister beauftragt, eine Haushaltssperre zu verhängen.

Dies hat zur Folge, dass alle freiwilligen Leistungen, wie Zuschüsse zu Kultur- und Sportvereinen, nicht ausgezahlt werden dürfen. Aber gerade Vereine und die dort ehrenamtlichen Tätigen sind es, welche das gesellschaftliche Leben einer Stadt maßgeblich prägen und das Leben vieler Menschen unterschiedlichsten Alters bereichern. Daher ist es umso bitterer, dass sie es sind, welche zuerst vom Sparzwang betroffen sind.

Deshalb müssen wir uns weiter dafür einsetzen, dass dieses Spardiktat auf dem Rücken der Kommunen aufhört. Sparprogramme mögen die Symptome in den Kommunen lindern, aber sie lösen das Grundproblem nicht. Das unzureichende Finanzausgleichsgesetz im Land Sachsen-Anhalt muss dringend reformiert werden. Schon seit Jahren kämpft DIE LINKE auf der Landesebene um diese Reformation und scheitert leider am Widerstand der gegenwärtigen Regierung. Es bleibt zu hoffen, dass sich mit dem Wahljahr 2016 einige Änderungen in Magdeburg vollziehen und dass das Sparen auf Kosten der Kommunen ein Ende findet.

1	8	6		3	9
	4	9	5	1	7
6				2	8
		1	3		
	4				5
			9	7	
	8	9			4
4		6		7	9
5	7			2	6
				6	8

Korte konkret abonnieren:

Wenn Sie die „Korte Konkret“ regelmäßig kostenlos zugeschickt bekommen wollen, schreiben Sie bitte eine Postkarte an die rechts stehende Adresse oder eine Mail mit Postadresse an: jan.korte@bundestag.de

Wenn Sie die Korte Konkret an Nachbarn und Freunde verteilen wollen geben Sie bitte an, wie viele Exemplare wir Ihnen schicken sollen.

Über die E-mail-Adresse können Sie auch meinen wöchentlichen E-Mail-Newsletter abonnieren.

Impressum

ViSdP: Jan Korte MdB
Redaktionsschluss: 9.7.2015

Anschrift Büro Berlin
Jan Korte MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 71100
Fax: 030 / 227 76201

E-Mail: jan.korte@bundestag.de

Internet: www.jankorte.de
www.facebook.com/jankortemdb

Für Sie da: Die Bürgerbüros von Jan Korte

Bürgerbüro Bernburg
Kleine Wilhelmstraße 2b
06406 Bernburg
Tel.: 0 34 71 / 62 29 47
Fax: 0 34 71 / 62 29 47
bernburg@jankorte.de

Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen
Kirchstr. 2
06749 Bitterfeld-Wolfen
Tel.: 0 34 93 / 40 15 94
Fax: 0 34 93 / 82 49 57
bitterfeld@jankorte.de

Bürgerbüro Köthen
Schalaunische Str. 6/7
06366 Köthen
Tel.: 0 34 96 / 30 33 91
Fax: 0 34 96 / 30 33 90
koethen@jankorte.de

Bürgerbüro Staßfurt
Löderburger Str. 94
39418 Staßfurt
Tel.: 0 39 25 / 32 23 81
Fax: 0 39 25 / 32 23 81
stassfurt@jankorte.de